

FiO

Forschungsinstitut für Ordnungspolitik

Die Rentenreform im Urteil der Bevölkerung

Arbeitspapier Nr. 3

Köln, im Februar 1997

Die Gesetzliche Rentenversicherung in der Krise

Die Gesetzliche Rentenversicherung steht seit geraumer Zeit im Mittelpunkt der politischen Diskussion. Angesichts hoher und weiter steigender Beitragslasten wird zunehmend deutlich, daß die Finanzierbarkeit der Rentenversicherung an ihre Grenzen stößt und umfassende Reformen nicht länger aufgeschoben werden können: Die gesetzliche Rente ist in ihrer bisherigen Form als Altersvorsorge zukünftig nur dann zu erhalten und zu finanzieren, wenn sie in ihrer Ausgestaltung den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen angepaßt wird. Insbesondere der Geburtenrückgang, die steigende Lebenserwartung und die sich ausweitende Massenarbeitslosigkeit werden dazu führen, daß der Anteil der erwerbstätigen und beitragszahlenden Bevölkerung sinkt, während die Zahl der Anspruchsberechtigten deutlich steigt. Wird die Gesetzliche Rentenversicherung nicht reformiert, so droht eine Überlastung und Unfinanzierbarkeit der staatlichen Alterssicherung.

Der Vorschlag der Rentenkommission

Die Rentenkommission unter Vorsitz von Arbeitsminister Norbert Blüm legte nun ihre Vorschläge zur Reformierung der Gesetzlichen Rentenversicherung vor. Ziel des Konzepts ist die Begrenzung der Beitragssatzerhöhungen in der Rentenversicherung zur Vermeidung einer übermäßigen Belastung der Beitragszahler. Dieses Ziel soll im wesentlichen durch die Ergänzung der Rentenanpassungsformel um einen demographischen Faktor und durch die Ausgliederung versicherungsfremder Leistungen realisiert werden. Mit dem Einbau einer demographischen Komponente sollen die Lasten des demographischen Wandels gleichmäßig auf Beitragszahler und Rentner verteilt werden, indem das Rentenniveau bis zum Jahre 2030 von derzeit 70% auf 64% des durchschnittlichen Nettoeinkommens gesenkt wird und der Rentenbeitrag nach einer vorübergehenden Reduzierung auf 22,9% steigen soll. Die Ausgliederung versicherungsfremder Leistungen bezieht sich vor allem auf die Einrichtung einer Familienkasse, aus der alle Familientransfers, insbesondere auch die Rentenansprüche aus der Anrechnung künftiger Erziehungszeiten, mit Steuermitteln finanziert werden sollen.

Vertrauensverlust in die gesetzliche Rente

Das Forschungsinstitut für Ordnungspolitik (FiO) in Köln führte im März 1996 eine umfassende empirische Erhebung zur Beurteilung der Gesetzlichen Sozialversicherung in der Bevölkerung durch und hat im Februar 1997 eine weitere Umfrage zu wichtigen Fragen der gesetzlichen Rente, insbesondere auch zum diskutierten Reformvorschlag der Rentenkommission folgen lassen. Dabei wurde eine repräsentative Zufallsstichprobe befragt. Die Ergebnisse unterstreichen den Reformdruck in der Gesetzlichen Rentenversicherung: So hat die Bevölkerung das Vertrauen in die gesetzliche Rente als ausreichende Altersabsicherung weitgehend verloren. 77% der Befragten bezweifeln explizit, daß die gesetzliche Rente in

Zukunft zum Leben ausreichen wird. Damit ist das Vertrauen in die Rentenversicherung im Vergleich zum Vorjahr weiter gesunken. Die aktuelle Befragung zeigt, daß insbesondere in den jüngeren Altersgruppen die Zweifel an der Sicherheit der gesetzlichen Rente weiter zugenommen haben: 88% (1996: 79,2%) der 18 bis 24jährigen, 84% (1996: 88,6%) der 25 bis 29jährigen und 89% (1996: 80,1%) der 30 bis 44jährigen glauben nicht, daß die gesetzliche Rente in Zukunft zum Leben ausreichen wird. Dagegen sind lediglich 59% (1996: 63%) der 60jährigen und älteren dieser Meinung.

Einsicht in die Notwendigkeit der Eigenvorsorge

Als Ergebnis dieses Vertrauensverlusts in die Gesetzliche Rentenversicherung zeigte sich bereits 1996, daß die Notwendigkeit der Eigenvorsorge mehrheitlich gesehen wird. 77,9% der Befragten hielten es seinerzeit für notwendig, neben der Gesetzlichen Rentenversicherung privat für das Alter vorzusorgen. Insbesondere der jüngeren Generation war es nach eigener Einschätzung - verständlicherweise - wichtig, selbst für das Alter Vorsorge zu treffen. Diese lehnte auch das Umlageverfahren zur Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung mehrheitlich ab. 50% der Befragten im Alter zwischen 18 und 24 Jahren gaben einem Kapitaldeckungsverfahren bei der Finanzierung der eigenen Rente den Vorzug. Hier zeichnet sich die Gefahr eines drohenden Generationenkonflikts ab.

Absage an den aktuellen Rentenreformvorschlag

Der aktuelle Reformvorschlag der Rentenkommission, das Rentenniveau bei gleichzeitig stagnierenden oder sogar noch steigenden Beiträgen zur Gesetzlichen Rentenversicherung schrittweise von derzeit 70% auf 64% des durchschnittlichen Nettoeinkommens zu senken, stößt in allen Altersgruppen auf deutliche Ablehnung: Zwei Drittel der Befragten sprechen sich gegen eine Absenkung des Rentenniveaus aus. Dabei wird die Absenkung des Rentenniveaus in den unteren Einkommensgruppen stärker abgelehnt als in den höheren: Während sich 72% der Befragten mit einem monatlichen verfügbaren Einkommen von unter 2.000 DM gegen eine Rentenniveauabsenkung aussprechen, sind dies 58% der Befragten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 5.000 DM und mehr. Gleiches gilt auch für die Schulbildung: Je geringer das Bildungsniveau ist, um so größer ist die Ablehnung des Reformvorschlags.

Das Ziel der Rentenreform, die Beitragserhöhungen zu begrenzen, entspricht zwar dem Willen der Bevölkerung: Bereits 1996 zeigte sich nämlich, daß die Belastung durch Sozialabgaben ihre Grenze erreicht hat. 76,4% der Befragten empfanden die Belastung durch die Sozialversicherungsbeiträge als zu hoch. Die Rentenreform fand im Vorjahr außerdem bei folgendem Aspekt Zustimmung: Die Ausgliederung versicherungsfremder Leistungen aus der Gesetzlichen Sozialversicherung wurde mehrheitlich befürwortet. 78,1% der Befragten gaben

an, daß systemfremde Aufgaben in Zukunft nicht mehr über die Sozialversicherung finanziert werden sollten. Die in der diskutierten Rentenreform vorgesehene schrittweise Absenkung des Rentenniveaus wird jedoch von einer großen Mehrheit abgelehnt.

Neben der hohen Ablehnung einer Senkung des Rentenniveaus zeigt sich auch, daß der Reformvorschlag als ungeeignet angesehen wird, den Beitragssatz zu stabilisieren: Lediglich 30% der Befragten sehen den Vorschlag als geeignete Maßnahme zur Beitragssatzstabilisierung an. 66% der Befragten glauben nicht, daß eine Senkung des Rentenniveaus von 70% auf 64% die gesetzliche Rente langfristig sichern kann, ohne daß der Beitragssatz zur Rentenversicherung stark ansteigen muß. Insbesondere die jüngere Generation bezweifelt, daß die Rentenniveauabsenkung die gesetzliche Rente sichern kann: 78% der 25 bis 29jährigen und 76% der 30 bis 44jährigen glauben nicht an die Wirksamkeit des Reformvorschlags, während dies bei den 60jährigen und älteren lediglich 49% sind. Außerdem ist das Mißtrauen in den höheren Einkommensgruppen ausgeprägter: 70% der Befragten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 4.000 bis 4.999 DM glauben nicht, daß die Absenkung des Rentenniveaus die Beiträge stabilisieren wird, wohingegen dies nur 50% der Befragten mit einem monatlichen verfügbaren Einkommen von unter 2.000 DM bezweifeln.

Steigende Akzeptanz einer beitragsfinanzierten Grundsicherung

Ein ordnungspolitisch tragfähiges, konsistentes Alternativkonzept zur langfristigen Sicherung und Finanzierbarkeit der Gesetzlichen Rentenversicherung ist von der Rentenkommission zwar diskutiert, aber abgelehnt worden: das Modell der beitragsfinanzierten Grundsicherung. Grundidee eines solchen Modells ist es, die Leistungen der Rentenversicherung auf das Niveau einer Grundsicherung zu verringern, die dann aus deutlich geringeren Beiträgen finanziert werden könnte. Eine darüber hinausgehende Absicherung bliebe der Entscheidung jedes einzelnen überlassen und könnte zum Teil mit den freiwerdenden Mitteln aus der Beitragssenkung vorgenommen werden.

Eine solche beitragsfinanzierte Grundsicherung in der Gesetzlichen Rentenversicherung stößt auf eine zunehmende Akzeptanz in der Bevölkerung: 50% der Befragten befürworten die Beschränkung der gesetzlichen Rente auf eine Grundsicherung, um Beiträge einsparen und in Eigenvorsorgemaßnahmen investieren zu können. Zum Vergleich: 1996 wurde eine beitragsfinanzierte Grundsicherung lediglich von 38,4% der Befragten befürwortet. Der Anteil derer, die eine beitragsfinanzierte Grundsicherung begrüßen würden, steigt also deutlich an. Die aktuelle Umfrage zeigt, daß insbesondere die 18 bis 24jährigen (69%) einem solchen Modell zustimmen. Die Akzeptanz einer beitragsfinanzierten Grundsicherung steigt auch mit zunehmendem Einkommen: Während 47% der Befragten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 2.000 bis 2.999 DM ein solches Modell befürworten, sind dies bereits 58% der Befragten mit einem monatlichen verfügbaren Einkommen von 5.000 DM und mehr.

Die zunehmende Akzeptanz einer beitragsfinanzierten Grundsicherung zeigt zum einen, daß die Bereitschaft wächst, solche Lösungen mitzutragen, die mit einer stärkeren Eigenvorsorge für das Alter einhergehen. Zum anderen wird die gesetzliche Rente ohnehin immer mehr als eine Art Grundsicherung angesehen, die als alleinige Vorsorgemaßnahme in Zukunft nicht zum Leben ausreichen wird. Die Ergebnisse der aktuellen Befragung zeigen also, daß der vorgelegte Reformvorschlag der Rentenkommission, nämlich Leistungseinschränkungen mit - wenn auch nur maßvollen - Beitragsanhebungen zu kombinieren, von der Bevölkerung überwiegend abgelehnt wird, weil sie in diesem Vorschlag kein tragfähiges Konzept zur langfristigen Sicherung der Rente sieht. Dies würde aus Sicht der Bevölkerung in einer beitragsfinanzierten Grundsicherung in Verbindung mit privater Eigenvorsorge der Fall sein.

Anhang

1. Häufigkeitsverteilungen und Kreuztabellen der Umfrage 'Rentenreform' von Februar 1997

Frage 1: „Zur Zeit wird viel über die Sicherheit der gesetzlichen Rente diskutiert. Glauben Sie, daß die gesetzliche Rente in Zukunft zum Leben ausreichen wird?“

	Prozent
ja, auf jeden Fall	3%
eher ja	18%
eher nein	45%
nein, auf keinen Fall	32%
keine Angabe	1%
Gesamt	100%

	Alter				
	18 - 24 Jahre	25 - 29 Jahre	30 - 44 Jahre	45 - 59 Jahre	60 Jahre u. älter
ja, auf jeden Fall	5%	1%	2%	2%	6%
eher ja	6%	15%	9%	19%	33%
eher nein	38%	40%	53%	49%	37%
nein, auf keinen Fall	50%	44%	36%	29%	22%
keine Angabe	0%	0%	1%	1%	2%
Gesamt	100%				

Frage 2: „Um die Rente zu sichern, wird vorgeschlagen, das durchschnittliche Rentenniveau schrittweise von derzeit 70% auf 64% des Nettoeinkommens zu senken. Würden Sie diesem Vorschlag zustimmen?“

	Prozent
ja, auf jeden Fall	8%
eher ja	25%
eher nein	29%
nein, auf keinen Fall	37%
keine Angabe	1%
Gesamt	100%

	Alter				
	18 - 24 Jahre	25 - 29 Jahre	30 - 44 Jahre	45 - 59 Jahre	60 Jahre u. älter
ja, auf jeden Fall	8%	12%	4%	8%	12%
eher ja	27%	30%	22%	25%	25%
eher nein	37%	28%	35%	30%	18%
nein, auf keinen Fall	28%	30%	38%	36%	42%
keine Angabe	0%	0%	1%	0%	3%
Gesamt	100%				

	Haushaltsnettoeinkommen in DM pro Monat				
	unter 2.000	2.000 - 2.999	3.000 - 3.999	4.000 - 4.999	5.000 und mehr
ja, auf jeden Fall	9%	6%	11%	11%	9%
eher ja	18%	25%	21%	26%	33%
eher nein	30%	24%	33%	28%	33%
nein, auf keinen Fall	42%	43%	33%	36%	25%
keine Angabe	2%	2%	1%	0%	0%
Gesamt	100%				

	Schulbildung		
	Volksschule mit und ohne Lehre	mittlerer Bildungsabschluß	Abitur und Hochschulabschluß
ja, auf jeden Fall	6%	10%	12%
eher ja	22%	26%	33%
eher nein	28%	30%	29%
nein, auf keinen Fall	42%	34%	25%
keine Angabe	1%	0%	1%
Gesamt	100%		

Frage 3: „Glauben Sie, daß der zur Zeit diskutierte Vorschlag, das Rentenniveau von 70% auf 64% abzusenken, die gesetzliche Rente langfristig sichern kann, ohne daß der Beitragssatz zur Rentenversicherung stark ansteigen muß?“

	Prozent
ja, auf jeden Fall	5%
eher ja	25%
eher nein	40%
nein, auf keinen Fall	26%
keine Angabe	4%
Gesamt	100%

	Alter				
	18 - 24 Jahre	25 - 29 Jahre	30 - 44 Jahre	45 - 59 Jahre	60 Jahre u. älter
ja, auf jeden Fall	4%	1%	2%	5%	9%
eher ja	23%	20%	19%	26%	33%
eher nein	46%	41%	52%	40%	26%
nein, auf keinen Fall	23%	37%	24%	27%	23%
keine Angabe	4%	0%	3%	2%	9%
Gesamt	100%				

	Haushaltsnettoeinkommen in DM pro Monat				
	unter 2.000	2.000 - 2.999	3.000 - 3.999	4.000 - 4.999	5.000 und mehr
ja, auf jeden Fall	7%	4%	4%	2%	7%
eher ja	37%	22%	24%	27%	24%
eher nein	29%	40%	45%	40%	48%
nein, auf keinen Fall	21%	27%	24%	30%	20%
keine Angabe	7%	7%	3%	1%	1%
Gesamt	100%				

Frage 4: „Eine weiterreichende Möglichkeit zur langfristigen Sicherung der Gesetzlichen Rentenversicherung wäre, die Rente auf eine Grundsicherung zu beschränken, die dann aus geringeren Beiträgen finanziert werden könnte. Darüber hinaus müsste jeder selbst für sein eigenes Alter vorsorgen. Würden Sie diesen Vorschlag befürworten?“

	Prozent
ja, auf jeden Fall	15%
eher ja	35%
eher nein	22%
nein, auf keinen Fall	27%
keine Angabe	1%
Gesamt	100%

	Alter				
	18 - 24 Jahre	25 - 29 Jahre	30 - 44 Jahre	45 - 59 Jahre	60 Jahre u. älter
ja, auf jeden Fall	21%	16%	16%	11%	14%
eher ja	48%	28%	41%	31%	31%
eher nein	11%	34%	22%	23%	21%
nein, auf keinen Fall	18%	22%	19%	34%	32%
keine Angabe	1%	0%	1%	1%	2%
Gesamt	100%				

	Haushaltsnettoeinkommen in DM pro Monat				
	unter 2.000	2.000 - 2.999	3.000 - 3.999	4.000 - 4.999	5.000 und mehr
ja, auf jeden Fall	13%	13%	11%	16%	20%
eher ja	39%	34%	42%	31%	38%
eher nein	21%	23%	22%	23%	21%
nein, auf keinen Fall	27%	28%	24%	29%	21%
keine Angabe	0%	3%	1%	1%	0%
Gesamt	100%				

2. Häufigkeitsverteilungen und Kreuztabellen der Studie 'Finanzierungs- und Belastungsgrenzen des Sozialstaates im Urteil der Bevölkerung' von März 1996

Frage 1: „Zur Zeit wird viel über die Sicherheit der Gesetzlichen Rente diskutiert. Glauben Sie, daß die Höhe der Gesetzlichen Rente in Zukunft zum Leben ausreichen wird?“

	Prozent
ja, auf jeden Fall	2,8%
eher ja	20,9%
eher nein	52,1%
nein, auf keinen Fall	23,8%
keine Angabe	0,4%
Gesamt	100,0%

	Alter				
	18 - 24 Jahre	25 - 29 Jahre	30 - 44 Jahre	45 - 59 Jahre	60 Jahre u. älter
ja, auf jeden Fall	2,8%	0,8%	2,8%	3,0%	3,4%
eher ja	17,0%	10,6%	16,9%	23,0%	32,8%
eher nein	50,9%	64,2%	50,1%	51,8%	50,4%
nein, auf keinen Fall	28,3%	24,4%	30,0%	22,0%	12,6%
keine Angabe	0,9%	0,0%	0,2%	0,3%	0,8%
gültige Antworten	100%				

Frage 2: „Welcher der folgenden Aussagen zur Rentenversicherung stimmen Sie eher zu?“

1. Die gesetzliche Rente reicht vollkommen aus. Daher muß man sich nicht zusätzlich absichern.
2. Die gesetzliche Rente reicht nicht aus. Daher ist es sinnvoll, neben der Gesetzlichen Rentenversicherung selber für das Alter vorzusorgen.

	Prozent
GRV ist ausreichend	20,3%
Eigenvorsorge ist notwendig	77,9%
keine Angabe	1,8%
Gesamt	100,0%

	Alter				
	18 - 24 Jahre	25 - 29 Jahre	30 - 44 Jahre	45 - 59 Jahre	60 Jahre u. älter
GRV ist ausreichend	16,0%	11,4%	16,2%	21,6%	32,8%
Eigenvorsorge ist notwendig	83,0%	87,0%	82,2%	76,1%	65,1%
keine Angabe	0,9%	1,6%	1,6%	2,3%	2,1%
gültige Antworten	100%				

Frage 3: „Wenn Sie die Wahl hätten, welcher der folgenden Möglichkeiten würden Sie eher zustimmen?“

1. Die Renten sollten auch in Zukunft aus den Beiträgen der jeweils aktiven Beitragszahler finanziert werden.
2. In Zukunft sollte jeder seine Beiträge ansparen und damit die eigene Rente finanzieren.

	Prozent
Umlageverfahren	65,5%
Kapitaldeckungsverfahren	34,5%
Gesamt	100,0%

	Alter				
	18 - 24 Jahre	25 - 29 Jahre	30 - 44 Jahre	45 - 59 Jahre	60 Jahre u. älter
Umlageverfahren	50,0%	54,4%	61,1%	70,5%	79,6%
Kapitaldeckungsverfahren	50,0%	45,6%	38,9%	29,5%	20,4%
gültige Antworten	100%				

Frage 4: „Wenn Sie einmal die Beiträge zur Sozialversicherung betrachten, wie empfinden Sie dann die Beitragsbelastung des einzelnen?“

	Prozent
viel zu hoch	25,8%
etwas zu hoch	50,6%
gerade richtig	22,4%
etwas zu niedrig	0,7%
keine Angabe	0,5%
Gesamt	100,0%

Frage 5: „Zur Zeit wird viel darüber gesprochen, die Sozialversicherung von Leistungen zu entlasten, die nicht zu ihren eigentlichen Aufgaben gehören. Dazu zählen z.B. die Renten für Spätaussiedler und Kriegsofopfer, Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen oder die Anrechnung von Ausbildungszeiten bei der Rente. Dadurch könnten die Beiträge zur Sozialversicherung gesenkt werden. Wie finden Sie diesen Vorschlag?“

	Prozent
sehr gut	37,2%
eher gut	40,9%
eher schlecht	17,3%
sehr schlecht	4,1%
keine Angabe	0,5%
Gesamt	100,0%

Frage 6: „Zur Zeit wird viel darüber geredet, daß in der Gesetzlichen Sozialversicherung gespart werden muß, um die Beiträge senken zu können. Eine Möglichkeit wäre, den Umfang der Leistungen so zu verkleinern, daß eine Form von Grundsicherung gewährleistet bleibt. Gegen alle darüber hinausgehenden Risiken könnte man dann je nach Bedarf privat Vorsorge treffen. Würden Sie eine solche Regelung bei der Altersvorsorge befürworten?“

	Prozent
ja, auf jeden Fall	6,7%
eher ja	31,7%
eher nein	38,1%
nein, auf keinen Fall	23,4%
keine Angabe	0,1%
Gesamt	100,0%

	Alter				
	18 - 24 Jahre	25 - 29 Jahre	30 - 44 Jahre	45 - 59 Jahre	60 Jahre u. älter
ja, auf jeden Fall	8,5%	5,7%	7,6%	4,3%	8,0%
eher ja	38,7%	40,7%	34,9%	28,9%	21,8%
eher nein	34,9%	38,2%	33,5%	41,3%	43,7%
nein, auf keinen Fall	17,9%	15,4%	23,8%	25,6%	26,5%
keine Angabe	0,0%	0,0%	0,2%	0,0%	0,0%
gültige Antworten	100%				

	Haushaltsnettoeinkommen in DM pro Monat				
	unter 2.000	2.000 - 2.999	3.000 - 3.999	4.000 - 4.999	5.000 und mehr
ja, auf jeden Fall	3,9%	4,7%	4,8%	8,5%	11,1%
eher ja	38,0%	28,5%	27,5%	33,0%	37,0%
eher nein	38,0%	41,0%	43,2%	36,7%	32,7%
nein, auf keinen Fall	20,1%	25,8%	24,0%	21,8%	19,2%
keine Angabe	0,0%	0,0%	0,4%	0,0%	0,0%
gültige Antworten	100%				

3. Standarddemographische Daten der Umfrage 'Rentenreform' von Februar 1997

Geschlecht	Prozent
männlich	47%
weiblich	53%
Gesamt	100%

Alter	Prozent
18 - 24 Jahre	20%
25 - 49 Jahre	35%
50 - 59 Jahre	18%
60 Jahre und älter	27%
Gesamt	100%

Schulbildung	Prozent
Volksschule ohne Lehre	10%
Volksschule mit Lehre	43%
weiterb. Schule o. Abitur	30%
Abitur, Studium	17%
Gesamt	100%

Haushaltsgröße	Prozent
eine Person	19%
zwei Personen	34%
drei Personen u. mehr	47%
Gesamt	100%

Erhebungsgebiet	Prozent
Westdeutschland	79%
Ostdeutschland	21%
Gesamt	100%

4. Methodische Anlage der Umfrage 'Rentenreform' vom Februar 1997

- Grundgesamtheit:** Erwachsene Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland im Alter von 18 und mehr Jahren
- Stichprobe:** Geplant war eine Stichprobe von insgesamt ca. 1.000 Interviews, jeweils 800 für West- und 200 für Ostdeutschland. Die vorliegenden Ergebnisse basieren auf insgesamt 927 Interviews, jeweils 742 für West- und 185 für Ostdeutschland.
- Streuung:** Die Interviews wurden über 420 sample points des ADM-Master-Samples und damit über alle Bundesländer und Ortsgrößenklassen gestreut.
- Auswahl:** Die Auswahl erfolgte innerhalb der sample points durch Zufallsauswahl, wobei aus einem Pool von 40.000 Telefonnummern im Westen und 20.000 im Osten nach einem Zufallsverfahren gezogene Telefonnummern ausgewählt wurden. In den ausgewählten Haushalten wurde mit der Person ein Interview durchgeführt, die als erste im Jahr Geburtstag hat und 18 Jahre oder älter ist.
- Durchführung:** Die Befragung wurde telefonisch durchgeführt. Es handelt sich dabei um computergestützte Telefoninterviews. Die allgemeinen Arbeitsanweisungen, nach denen alle Interviewer verfahren, regelten die einheitliche Durchführung der Interviews. Der Fragebogen war als Protokollgrundlage in bezug auf Reihenfolge und Wortlaut der Fragen für die Interviewer verbindlich.
- Befragungszeitraum:** 31.01. bis 02.02.1997